

Bündnis 90 / Die Grünen Berlin · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin-Brandenburg  
e.V.  
Aras-Nathan Keul  
Littenstraße 105  
D-10179 Berlin

**Bündnis 90/Die Grünen  
Landesverband Berlin**

**Susanne Mertens und Philmon Ghirmai**  
Landesvorsitzende  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 30  
Landesvorsitzende@gruene-berlin.de

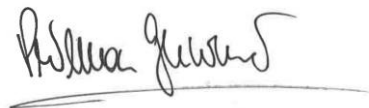
## Wahlprüfsteine der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – Grüne Antworten

Berlin, 24. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Keul,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Mertens und Philmon Ghirmai

1. Berlin hat bisher keine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Werden Sie dies ändern und welche Stadt würden Sie favorisieren?

Bündnis 90/Die Grünen befürworten und unterstützen Städtepartnerschaften. Aber sie dürfen nicht nur formal eingegangen werden, sondern müssen von beiden Seiten gewollt und mit Leben gefüllt werden. Im besten Fall bieten sie einen fördernden Rahmen für den kulturellen, wirtschaftlichen und persönlichen Austausch. Viele Berliner Bezirke unterhalten bereits Partnerschaften mit israelischen Gemeinden, das begrüßen wir sehr und würden uns freuen, wenn auch die restlichen Bezirke hier Kontakte knüpfen. Offizielle Partnerschaften pflegen Hauptstädte meist untereinander, Jerusalem geht jedoch grundsätzlich keine Städtepartnerschaften ein und Tel Aviv-Jaffa unterhält bereits fünf Städtepartnerschaften mit anderen deutschen Städten. Eine Städtepartnerschaft nur um des Namens wegen zu forcieren, halten wir auch nicht für zielführend. Berlin beherbergt heute viele Menschen aus Israel, zahlreiche Künstler\*innen, auch im Bereich der Startups gibt es intensive Verbindungen. Unser Fokus liegt auf der weiteren Förderung persönlicher Beziehungen zwischen Bürger\*innen aus Berlin und Israel, insbesondere über Schulen.

2. Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

Die kulturelle Vielfalt Israels und seine Vorreiterrolle in Hochtechnologiebereichen wie der Biomedizin und dem IT-Sektor machen das Land zu einem sehr attraktiven Partner für Kooperationen. Der wissenschaftliche Austausch ist durch große Programme wie über die Minerva Stiftung und die Martin-Buber-Gesellschaft und kleinere Projekte wie das neue Lachnit-Fixson Exchange Program gut etabliert. Wir würden uns freuen, wenn für die Berliner\*innen weitere kulturellen Kooperationen und Austausche aufgebaut werden können und etablierte Formate wie die Deutsch-Israelischen Literaturtage fortgesetzt werden.

3. Im Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel zum 75. Mal. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Ereignis auch in Berlin angemessen gewürdigt wird?

Den Bürger\*innen Israels möchten wir zu diesem Jubiläum gratulieren. Das ist ein wichtiges Datum, auch für Berlin und für Deutschland. Den durch Ihre Gesellschaft organisierten Israeltag begrüßen wir ebenso und werden die Landeszentrale für politische Bildung darin bekräftigen, diesen Meilenstein durch vielfältige Angebote zu begleiten. Die Landeszentrale wird das Thema Israel in schulischen und außerschulischen Kontexten behandeln. Es sind außerdem schulische Angebote der Landeszentrale geplant für Lehrer\*innen und Schulleiter\*innen mit der Bildungsverwaltung.

4. Immer wieder kommt es in Berlin zu antisemitischen Vorfällen: Schmierereien, Bedrohungen, Angriffe. Was werden Sie tun, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft dagegen zu stärken?

Jeder antisemitische Vorfall ist einer zu viel. Wir gehen auf allen Ebenen gegen Antisemitismus im Allgemeinen, aber auch gegen jede einzelne Tat vor. Wichtig ist dabei die Sensibilisierung innerhalb der Behörden, aber auch die Aufklärung durch die Zivilgesellschaft und dem Entgegenreten von antisemitischen Feindbildern. Ein wichtiger Baustein dabei sind die Antisemitismusbeauftragten in den verschiedenen Behörden, hier haben wir bereits bei Justiz und Polizei entsprechende Ansprechpartner geschaffen. Bei der Polizei hat sich mittlerweile das Projekt „REGISHUT - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei“ etabliert, welches sich insbesondere an Führungskräfte sowie an Mitarbeitende der Polizei Berlin mit einem besonderen dienstlichen Bezug zum Thema richtet. Die regelmäßige Sensibilisierung und das Wissen über Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist darüber hinaus auch als Erkenntnis aus der Berliner Polizeistudie unverzichtbar.

Der Schutz jüdischer Einrichtungen ist uns ein zentrales Anliegen. Hier müssen gerade in Folge von Sicherheitsgesprächen Möglichkeiten der Kostenübernahme für bauliche Schutzmaßnahmen verbessert, sowie ein verstetigter Austausch für die Sicherstellung benötigten Polizeischutzes gewährleistet werden.“

5. An den Schulen grassiert neuer, oft unbedachter, israelbezogener Antisemitismus. Was werden Sie speziell im Bildungsbereich tun, um junge Menschen dagegen immun zu machen?

Wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus und zwar überall dort, wo er auftaucht – und damit auch gegen israelbezogenen Antisemitismus insbesondere im Bildungsbereich. Neben weiteren Maßnahmen haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode einen Beauftragten des Landes Berlin für Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende Landeskonzption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt, die einen maßgeblichen Schwerpunkt auf das Handlungsfeld Bildung und Jugend setzt. Die Arbeit in diesem Handlungsfeld werden wir fortsetzen, weiterentwickeln und verstetigen, um (auch israelbezogenem) Antisemitismus im Bereich Schule zu bekämpfen.

Deshalb wollen wir einen Unterricht etablieren und gezielt Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, in denen über alle Formen von Diskriminierung und insbesondere über Antisemitismus, aufgeklärt wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und anderen diskriminierenden Strukturen verpflichtend verankert werden.

Zudem werden wir den Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler\*innen systematisch ausbauen und die Institution „Schule“ diskriminierungskritisch und diversitätsorientiert weiterentwickeln. Wir werden verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die Schüler\*innen sowie Eltern über ihre Rechte auf Grundlage des Landesantidiskriminierungsgesetz aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine Unabhängige Beschwerdestelle für den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter\*innen anbieten. Gerade Leitungspersonal wollen wir mit besonderer Priorität schulen, da sie als Verantwortungsträger\*innen agieren.

6. Bei den so genannten Al-Quds-Demonstrationen wird alljährlich Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Demonstration in Berlin künftig verboten wird und werden Sie das Verbot durchsetzen?

Die sogenannte „Al-Quds-Demonstration“ in Berlin ist im vergangenen Jahr auf Grundlage des Berliner Versammlungsfreiheitsgesetzes verboten worden. Dies war politisch und rechtlich die richtige Entscheidung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies auch in Zukunft so geschieht. Versammlungsverbote können nicht pauschal, sondern müssen konkret auf die betreffende Versammlung erfolgen. Die Durchsetzung des Verbots muss dann von der Polizei entsprechend durchgesetzt werden. Dabei muss weiterhin darauf geachtet werden, dass mögliche Ersatzveranstaltungen frühzeitig erkannt und ebenfalls untersagt werden können.